



## Attackierte Autonomie

Ecuadors Präsident Correa interveniert in die Wahl eines Universitätsrektors. Seite 10

Foto: dpa

## Digitale Steinzeit

Die Einführung der elektronischen Akte kommt in Berlin nicht voran. Seite 11

## Tatarische Treue

Im russisch-türkischen Streit leidet besonders Kasan. Seite 3

Foto: imago/ITAR-TASS



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 9. Februar 2016

71. Jahrgang/Nr. 33

Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT Monetaristischer Sekundenkleber

Kurt Stenger über den Vorschlag eines Euro-Finanzministeriums

Konservative britische Politiker waren schon immer Meister im Zurechtbiegen des europäischen Gedankens. Bei dem, wovon man in der EU profitiert, greift man zu. Bei dem, was man abgeben soll, handelt man Rabatte aus. Premier David Cameron spielt mit der Brexit-Drohung auf dieser Klaviatur. Das britische Vorbild macht längst Schule: Was in besseren Zeiten als »Gemeinsames Haus Europa« gedacht war, zerfällt wieder in einzelne Parzellen. Wegen der Zuzugswelle werden zwischen diesen sogar Zäune und Stacheldraht hochgezogen. Freizügigkeit war gestern.

Mag die EU als lockeres Staatenbündnis irgendwie funktionieren – im Euroraum mit seiner vertieften Integration klappt dies nicht. Vor allem die Währungspolitik wollen die auseinanderfallenden Staaten enger zusammenschließen. Die Franzosen lieber mittels einer Wirtschaftsregierung, die Deutschen lieber mit noch brutaleren Austeritätsverpflichtungen. Was beide eint: Monetaristischer Sekundenkleber soll die fehlende Solidarität ersetzen.

Eine Zwangsintegration von oben kann aber auf Dauer keinen Bestand haben. Dies sorgt nur für noch mehr Entfremdung nach dem Motto: »Die in Brüssel machen, was sie wollen.« Ein Europa, das mehr als eine Summe nationaler Egoismen ist, braucht kein Finanzministerium samt technokratischem Fiskalrat, sondern ein starkes Parlament und mehr direkte Beteiligung etwa über Europäische Bürgerinitiativen. Wenn überhaupt, lässt sich Europa nur von unten bauen.

## UNTEN LINKS

Gut fünf Jahre ist es her, dass ein Bestseller-Autor unser Land vorm Untergang gewarnt hat. »Deutschland schafft sich ab« landete 2010 irrtümlich in der Rubrik Sachbücher – dachten wir damals. Heute müssen wir erkennen, wie schlimm es wirklich aussieht. Denn die »Zeichen des Verfalls«, so eine der grummelnden Kapitelüberschriften aus dem Werk, sind nun unübersichtbar. Gerade hat die Nordsee der Insel Sylt einen Zipfel Südspitze entrisen; ein paar Tage zuvor war ein Stück der maroden Rügener Kreide-Steilküste abgerutscht. Dagegen hülfte nicht einmal die Schließung der Seegrenzen. Jetzt zeigt sich in aller Bitternis. »Wie wir unser Land aufs Spiel setzen« – so der prophetische Untertitel von Sarrazins Schauderschwarte. Immerhin trifft es West wie Ost; im Verschwinden gleichen sich also die Lebensverhältnisse doch noch ein wenig an. Und was sagt die ewig alarmierte CSU dazu? Die wird wahrscheinlich erst nervös, wenn die Alpen in die Brandung bröckeln. wh

# Europa als Schrebergarten

Die Brexit-Debatte zeigt: Für sozialen Ausgleich ist in der EU derzeit kein Platz



Foto: iStock/homeworks255

Berlin. »Politische Schrebergärtner brauchen vor allem zwei Qualifikationen«, schreibt der Berliner Politikwissenschaftler Elmar Altvater in einem Gastbeitrag für diese »nd«-Ausgabe zur Brexit-Debatte. »Sie dürfen erstens nicht vergessen, die nationale Fahne über ihrer Parzelle zu hissen. Zweitens müssen sie handwerklich in der Lage sein, Zäune zu ziehen, um Eindringlinge abzuwehren.«

Der von der britischen Regierung angeordnete EU-Austritt bzw. die geforderten Kompensationsmaßnahmen im Falle eines Verzichts auf den Brexit stärken diese Art von Schrebergartenwesen in der Europäischen

Union noch. So mancher Verantwortliche möchte nur zu gern selbst Sozialleistungskürzungen für EU-Ausländer und für Flüchtlinge in die Tat umsetzen. Einige Regierungsvertreter müssen sich gar nicht extra als neoliberale Schrebergärtner verkleiden und werden auch nach Ende der närrischen Karnevalszeit unbeirrt ihren Kurs fortsetzen.

Die Brexit-Debatte und die Flüchtlingszahlen sorgen für diplomatische Betriebsamkeit: Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatschef François Hollande berieten am Sonntagabend bei einem informellen Treffen in Straßburg über ihre Position.

Dafür, dass der Euroraum als gemeinsame Kleingartenkolonie funktioniert, in der nicht jeder nach eigenem Gutdünken vor sich hin werkelt, soll ein Finanzministerium in Verbindung mit einem unabhängigen Fiskalrat sorgen. So zumindest wollen es die Notenbankchefs Deutschlands und Frankreichs, Jens Weidmann und François Villeroy de Galhau. Werde eine solche politische Integration nicht gewünscht, müssten sich die Staaten der Währungsunion noch strengeren Fiskalregeln unterwerfen. Die Geldpolitiker sehen sich offenbar als Vorsitzende, Kassenwarte und Schriftführer – in Personalunion. KStE Seiten 2 und 9

# Syriens Armee auf Vormarsch im Norden

Emirate wollen in Bodenkrieg eingreifen / UN-Kommission berichtet von Morden in Gefängnissen

Während Syriens Armee weiter vormarschiert, droht sich der Konflikt auszuweiten. UN-Ermittler berichten von Gräueln.

Die Zuspitzung der Kriegshandlungen in Syriens Nordwesten hat in den vergangenen Tagen die Gefahr einer weiteren Internationalisierung des Konflikts mit sich gebracht. Die militärischen Verluste der Regierungsgegner haben in einigen der Staaten, die den Anti-Assad-Milizen bisher finanzielle, logistische und Waffenhilfe leisteten, zu Überlegungen über ein eigenes direktes Eingreifen etwa mit Bodentruppen geführt.

Wie bereits in der Vorwoche Saudi-Arabien erklärten sich nun auch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) für ein Eingreifen mittels Bodentruppen. Allerdings – auch das folgt saudi-arabischem Vorbild – sei man nur unter Federführung der USA dazu bereit. Ob die VAE tatsächlich beabsichtigen, eigene Verbände an die sy-

rische Front zu werfen, ist aber aus der Verlautbarung nicht klar zu entnehmen. Eine »ernsthafte Kampagne« gegen die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) müsse militärische Einsatzkräfte am Boden umfassen, wurde VAE-Außenstaatsminister Anwar Gargasch am Sonntag in Abu Dhabi von AFP zitiert. Dabei sei eine »Führungsrolle« der USA »selbstverständlich Grundbedingung«. Am Donnerstag hatte Saudi-Arabien seine Bereitschaft zur Entsendung von Bodentruppen gegen den IS in Syrien bekundet.

Auch im westlichen Militärbündnis würde man dem Vormarsch der syrischen Armee gern militärisch etwas entgegensetzen. Davor aber warnte am Montag erneut der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat. »Wir dürfen uns nicht in Trippelschritten in einen Konflikt hineinziehen lassen, ohne zu wissen, was der nächste Schritt sein wird und was am Ende dabei he-

rauskommt«, sagte Kujat der »Neuen Osnabrücker Zeitung«.

Saudi-Arabien und die VAE sprechen zwar vom Kampf gegen den IS. Verstanden werden die Er-

»Wir dürfen uns nicht in Trippelschritten in einen Konflikt hineinziehen lassen.«

Harald Kujat, Ex-Generalinspekteur der Bundeswehr

klärungen allerdings als Versuch, die stark in die Defensive geratenen Anti-Assad-Kräfte zu stützen. Diese geraten immer mehr in Bedrängnis, sowohl beim Versuch, die ihnen verbliebenen Viertel der Zwei-Millionen-Stadt Aleppo zu halten, als auch in der gesamten Nordwestregion nahe der Türkei. Dort sollen syrische Regierungs-

truppen dank massiver Unterstützung durch die russische Luftwaffe bei ihrer Offensive auf eine 20 Kilometer von der türkischen Grenze entfernte Rebellenhochburg Tal Rifaat vorgestoßen sein. Die Damaszener Zeitung »Al Watan« berichtete, sollte die Stadt fallen, werde die Armee weiter vorrücken und die Kontrolle über den Norden der Provinz Aleppo übernehmen.

Eine UN-Ermittlungskommission hat unterdessen die syrische Regierung der Tötung von Häftlingen »in einem massiven Ausmaß« beschuldigt. Die Ermittler berufen sich dabei auf die Befragung von 621 ehemaligen Gefangenen. Fast alle seien Opfer »unvorstellbarer Misshandlungen« geworden, sagte der brasilianische Kommissionschef Paulo Pinheiro. Selbst Kinder würden hingerichtet. Ob auch die Regierung um eine Stellungnahme zu dem Bericht gebeten wurde, geht aus ihm nicht hervor. roe/AFP

## Flüchtlinge ja, aber »kontrolliert«

Merkel zu Gesprächen in Ankara über EU-Türkei-Aktionsplan

Ankara. Kanzlerin Angela Merkel hat betont, dass im Zuge des EU-Türkei-Aktionsplans auch künftig syrische Flüchtlinge nach Europa und damit nach Deutschland kommen werden. Es gehe darum, Menschen aus dem Kriegsland »auch aus der Türkei einen Weg nach Europa (zu) ermöglichen«, sagte Merkel am Montag nach einem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu in Ankara. Die Flüchtlinge sollten über ein Kontingentsystem in der EU verteilt werden. Wichtig sei, dass der Weg über die Türkei nicht illegal verlaufe, sondern »kontrolliert, legal und von uns organisiert«.

Dazu habe sich auch die niederländische EU-Präsidentschaft bekannt. »Und da gibt es eine Gruppe von freiwilligen Ländern in der Europäischen Union, die auf diesem Gebiet auch die ersten Schritte tun werden«, sagte die Kanzlerin. Über den Mechanismus solle kommende Woche konkreter gesprochen werden. Merkel betonte, die der Türkei im November zugesagten drei Milliarden Euro seien »verfügbar«. dpa/nd Seite 7

## Union drängt auf Anti-Asylpaket III

CDU-Vize fordert weitere Einschränkungen für Flüchtlinge

Berlin. Noch hat die Koalition ihren Streit um den Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen nicht beigelegt – da kommen aus der Union Forderungen nach weiteren Gesetzesverschärfungen. CDU-Vize Thomas Strobl sprach sich für höhere Hürden für ein unbefristetes Aufenthaltsrecht für Asylbewerber aus. Dieses dürfe es künftig frühestens nach fünf Jahren geben. Die Opposition attestierte Union und SPD chaotisches Agieren und die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl warf Strobl Wahlkampf in Baden-Württemberg auf dem Rücken der Flüchtlinge vor. Strobl ist auch CDU-Landeschef im Südwesten.

»Zuerst isoliert man die Flüchtlinge und dann fordert man Integration. Das passt nicht zusammen und ist unfair«, sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt der »Neuen Osnabrücker Zeitung«. Die LINKE-Vorsitzende Katja Kipping riet der Bundesregierung zu einem Runden Tisch mit »richtigen Experten« etwa von Menschenrechtsorganisationen oder Kommunen. dpa/nd Seite 5

## Asse-Sanierung kostet Milliarden

Kommission für Suche nach Endlager für Atommüll legt Bericht vor

Remlingen. Die Bergung und sachgerechte Neudeponierung von Atommüll aus dem maroden Bergwerk Asse in Niedersachsen könnte nach Berechnungen des Bundesumweltministeriums rund zehn Milliarden Euro kosten. Das geht aus einem Bericht hervor, den die Endlagerkommission am Montag bei einem Besuch der Schachtanlage vorlegte. Fünf Milliarden Euro seien für die Neudeponierung veranschlagt, die gleiche Summe müsse zuvor für die Rückholung eingeplant werden. Aufgabe der 32 Kommissionsmitglieder ist es, Kriterien für ein Endlager für hoch radioaktiven Abfall zu formulieren.

Das ehemalige Salzbergwerk Asse war das erste unterirdische Lager für Atommüll und gilt heute als Beispiel, wie man es nicht machen sollte. In den 60er und 70er Jahren wurden 126 000 schwach- und mittelradioaktiver Atommüll entsorgt. Nach Wasser einbrüchen ist eine Bergung und sachgerechte Neudeponierung wohl unumgänglich. dpa/nd

ISSN 0323-3375

